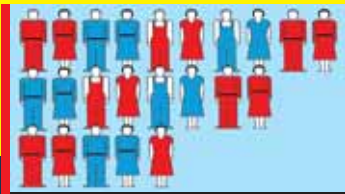


Sozialismus

www.Sozialismus.de

G. Bosch/T. Kalina: Mittel-
schichten unter Druck



Joachim Bischoff: Kentert
die Globalökonomie?



Hans-Jürgen Urban: Für
Digitalisierungsrealismus

Stephan Siemens: Industrie
4.0 – Widersprüche

Forum
Gewerkschaften

Frank Deppe:
Neue Weltunordnung



Labour Party: Turnaround?

Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

SPD im Wahlkampfmodus



Bei den Landtagswahlen am 13. März droht der SPD ein weiteres Debakel. Seit der Einzug der in die drei Landtage absehbar ist, gilt die Abwahl von Rot-Grün in Rheinland-Pfalz als kaum abwendbar. In Baden-Württemberg wäre es schon ein großer Erfolg, wenn die SPD Juniorpartner der Grünen bleiben könnte ...

Linkswende, aber wie?



Der frühere Linksfraktionschef Gregor Gysi fordert zu Recht, dass die Linkspartei »zusammen mit SPD und Grünen für ein linkes Projekt gegen die jetzige Entwicklung Europas und Deutschlands« streiten muss. Wir sollten dieser strittigen Diskussion nicht ausweichen. Es geht allerdings nicht vorrangig um eine Frage der Regierungsbeteiligung. ...

Weitere Kraftproben in Athen



Die griechische Bevölkerung blickt pessimistisch ins neue Jahr. Zwei Drittel der GriechInnen glauben, dass 2016 für das Land noch schlechter wird als 2015, jenem Jahr, in dem die Banken längere Zeit geschlossen waren und die Ökonomie wegen der Kapitalkontrollen weiteren Beschränkungen unterworfen war. ...

Europas Linke in Bewegung

Hinrich Kuhls: Eine steife Brise umweht das Steuerdeck Die Umbildung der Labour-Fraktionsspitze	2
Andreas Fisahn/Thomas Eberhardt-Köster: Ein Mosaik von Plänen Europäische Union und die gesellschaftliche Linke	7
Heinz Bierbaum: Bewegung auf der iberischen Halbinsel Zur politischen Situation in Portugal und Spanien	10

Wer ist die gesellschaftliche Mitte?

Gerhard Bosch/Thorsten Kalina: Mittelschichten in Deutschland – unter Druck	13
Dierk Hirschel/Ralf Krämer: Ab durch die Mitte? Normalbeschäftigte, Prekäre und die Rolle der Gewerkschaften	20
Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Kampffeld: untere Mitte	24
Axel Troost: Behindert der Solidarische Länderfinanzausgleich die Steuererhebung?	33

Von Börsen, Rohstoffpreisen und Flüchtlingen

Joachim Bischoff: Entgleist die Globalökonomie?	38
Michael Wendl: Die Flüchtlingsmigration – ein konjunkturpolitischer Glücksfall	42
Karl Georg Zinn: Sollen und Können Verantwortungsethik statt Problemverdrängung	46

Forum Gewerkschaften

Hans-Jürgen Urban: Digitale Visionen als Leitbilder? Plädoyer für einen Digitalisierungsrealismus in der Arbeitspolitik	47
Stephan Siemens/Martina Frenzel: Widersprüche im Konzept Industrie 4.0	56
Otto König/Richard Detje: Auf der Erfolgsspur? Ein Ausblick auf die Tarifrunde 2016	59

Eine aus den Fugen geratende Welt

Frank Deppe: Vom American Empire zu einer multipolaren Weltordnung	62
---	----

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum	9
Veranstaltungen & Tipps	68
Klaus Schneider: The Big Short (Filmkritik)	69

Entgleist die Globalökonomie?

von | Joachim Bischoff

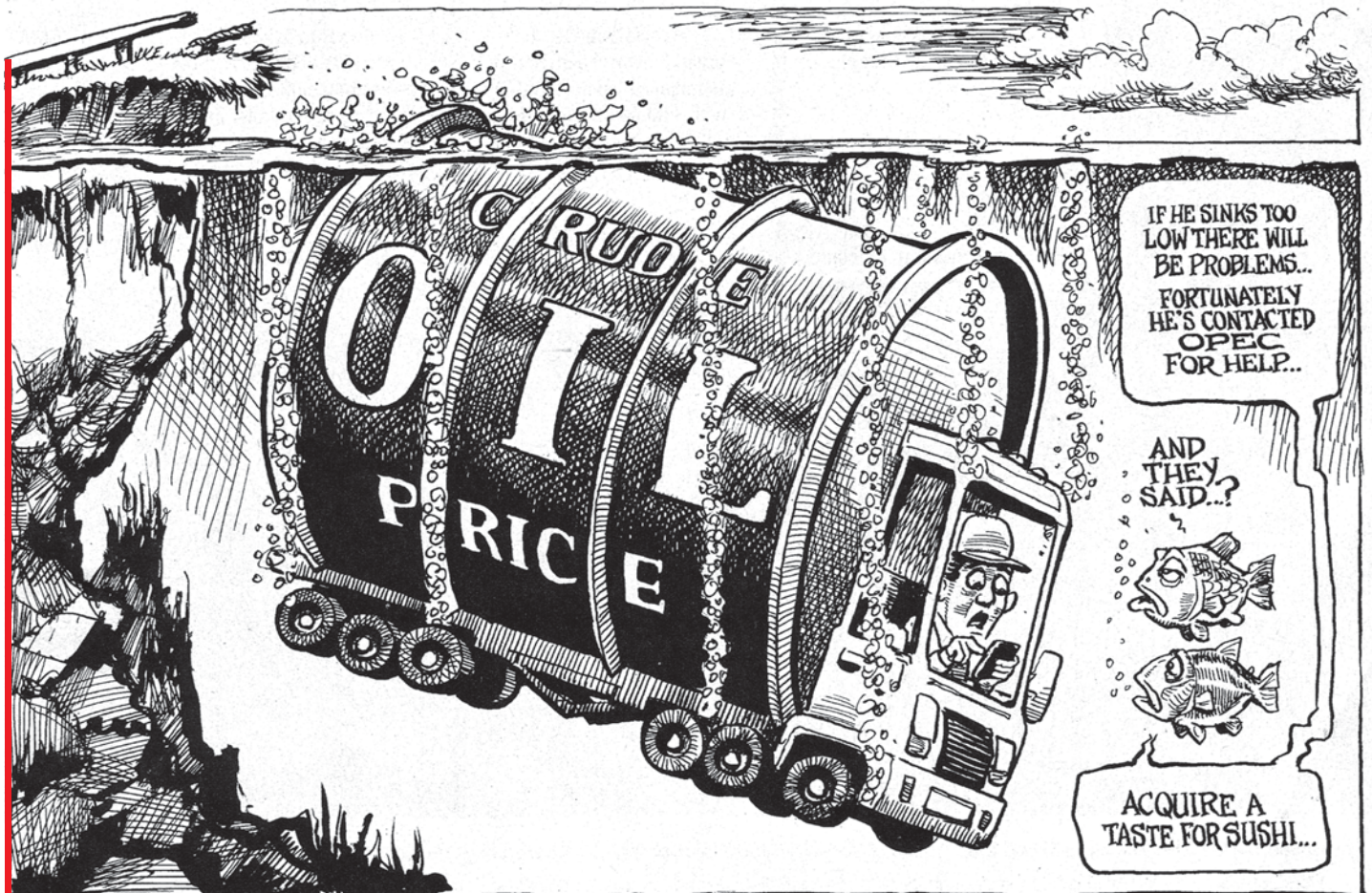
Zweifel an der Stärke der chinesischen Wirtschaft, die Abwertung des Yuan, der Niedergang der Rohstoffpreise, vor allem des Öls, und die zaghafte Erhöhung des Leitzinses durch die US-Notenbank FED haben Investoren und Anleger in den letzten Wochen aus ihrer Routine aufgeschreckt. Nach dem verpatzten Jahresauftakt an den internationalen Börsen setzen viele Experten immer noch auf ein Ende der Talfahrt.

Da sich die Konjunktur trotz zahlreicher Störfeuer bislang als recht robust erweist und sich, anders als 2008, keine globale Rezession abzeichnet, stünden die Chancen auf eine Erholung der Notierungen im weiteren Jahresverlauf insgesamt gut. Immerhin sind die Wertpapierbörsen mittlerweile deutlich abwärts gerauscht. Mit den bisherigen Verlusten befindet sich die Mehrheit der großen Aktienmärkte in einem »Bärenmarkt« (siehe Abbildung 1). Ein Bären-Markt ist typischer-

weise definiert als Rückgang von 20% und mehr seit dem letzten Höchststand. In der Grafik sind die Verluste seit dem Höchstwert der letzten 52 Wochen dargestellt, in lokaler Währung. Die schwarze Senkrechte kennzeichnet die 20%-Verlustgrenze (Stand 20.1.2016).

Plötzlich wird der Blick frei auf die tieferliegenden Probleme der Globalökonomie. Der Internationale Währungsfonds (IWF) schätzt die Wachstumsperspektiven im Januar 2016 für die Weltwirtschaft pessimistischer ein (Abbildung 2).

Sollten die großen Herausforderungen nicht erfolgreich bewältigt werden, »könnte das globale Wachstum entgleisen«. Er verweist auf den schwierigen Umbau der chinesischen Wirtschaft, den Ausstieg der USA aus der ultra-lockeren Geldpolitik, den Ölpreisverfall und die konjunkturelle Schwäche der Schwellenländer, die es zu bewältigen gelte. Seine Prognosen



nahm der IWF auf breiter Front zurück – allerdings nicht für Deutschland.

Die Weltbank hatte ihre Wachstumsprognosen von 3,3 auf 2,9% und damit unter die Schwelle von drei Prozent gestutzt. Für die globale Wirtschaft rechnet der IWF nun mit einer moderaten Wachstumsbeschleunigung von 3,1% im laufenden, über 3,4% im nächsten, bis auf 3,6% im übernächsten Jahr. Da vor allem die Schwellen- und Entwicklungsländer schwächeln, liegen die erwarteten Raten für 2016 und 2017 um jeweils 0,2 Punkte unter der bisherigen Schätzung von Oktober. Es ist bereits die dritte Reduzierung der Prognose in weniger als einem Jahr. Und: In den letzten Jahren korrigierte der Währungsfonds seine Wachstumserwartungen beständig nach unten.

Die USA bleiben die leistungsstärkste Volkswirtschaft der Welt, auch wenn den Schätzungen zufolge die USA 2016 und 2017 um 0,2 Prozentpunkte langsamer wachsen werden. Die prognostizierten 2,6% sind im langjährigen Vergleich auch ein unbefriedigender Wert.

Die Euro-Länder sind aus IWF-Sicht aber nicht mehr die Sorgenkinder. Hier wird mit Zuwächsen von jeweils 1,7% in den Jahren 2016 und 2017 gerechnet. Verantwortlich für die Entrübung der globalen Wachstumsaussichten sind nach Analyse des IWF vor allem die Schwellen- und Ölländer. In China dürfte die Wachstumsrate nach 6,9% 2015 über 6,3% 2016 auf 6,0% im Jahr 2017 gedrückt werden. Brasilien sagt der Fonds einen wirtschaftlichen Absturz um 3,5% im laufenden Jahr voraus und ist damit deutlich pessimistischer als im Oktober. Auch 2017 dürfte es das südamerikanische Land laut IWF nicht schaffen, den Wachstumsbereich wieder zu erreichen.

Für den weltweit größten Ölförderer Saudi-Arabien senkte der Fonds wegen des massiven Preisverfalls die Schätzung ebenfalls deutlich um jeweils einen Prozentpunkt für das laufende und das nächste Jahr: Die Wirtschaftsleistung wird nur noch zwischen gut einem und knapp zwei Prozent wachsen. Und auch für Russland ist der Fonds um einiges pessimistischer als bisher.

Angesichts der Wachstumsschwäche in der Welt hält der IWF in den meisten kapitalistischen Ländern eine weiterhin lockere Geldpolitik für unverzichtbar. Zudem müssten die Rahmenbedingungen verbessert werden – unter anderem mit Investitionen und Strukturreformen. Die Hauptländer werden von den IWF-Ökonomen aufgefordert, mit einem angemessenen Policy-Mix aus konjunktur- und strukturpolitischen Reformen auf eine Erhöhung des Potenzialwachstums hinzuwirken. Wo der fiskalpolitische Spielraum vorhanden ist, »wäre es angemessen, deutlich mehr in Infrastrukturprojekte zu investieren«.

Die neuesten Prognosen von IWF und Weltbank sind vor dem Hintergrund der Überschätzungen des Wachstums der Jahre seit der Großen Krise 2008 nicht sonderlich überzeugend. In ihren Prognosen geht die Weltbank für die Jahre 2016 bis 2018 weiterhin von einer deutlichen Erholung aus. Die Weltbank und andere Institute rücken dabei das Hauptaugenmerk auf die Importe und Exporte der Schwellenländer. Angesichts der dramatischen Schwankungen der Rohstoffpreise in den vergangenen zehn Jahren ist dies nachvollziehbar. Doch die Schwächetendenzen in den kapitalistischen Hauptländern wurden dabei unterschätzt.¹

Abb. 1: Kursverluste auf den Aktienmärkte seit dem 52-Wochenhoch

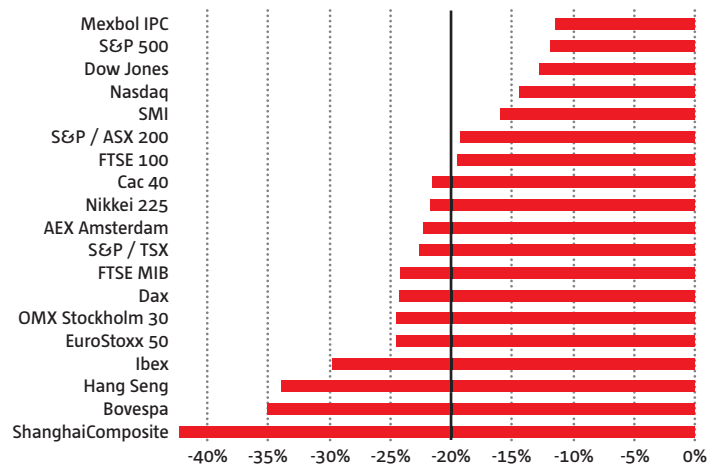


Abb. 2: Korrekturen Wachstumserwartungen durch den IWF

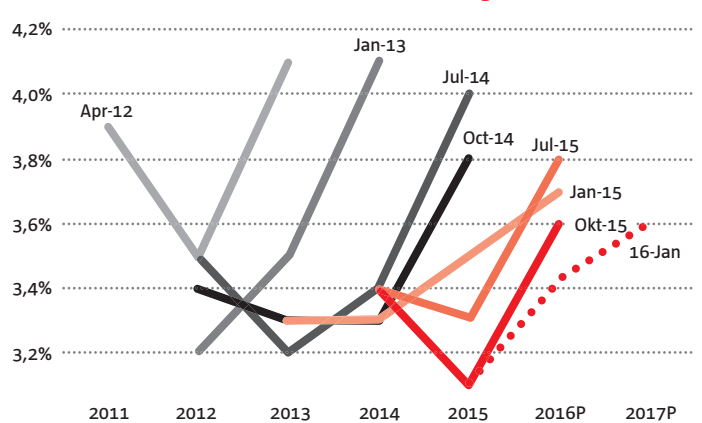
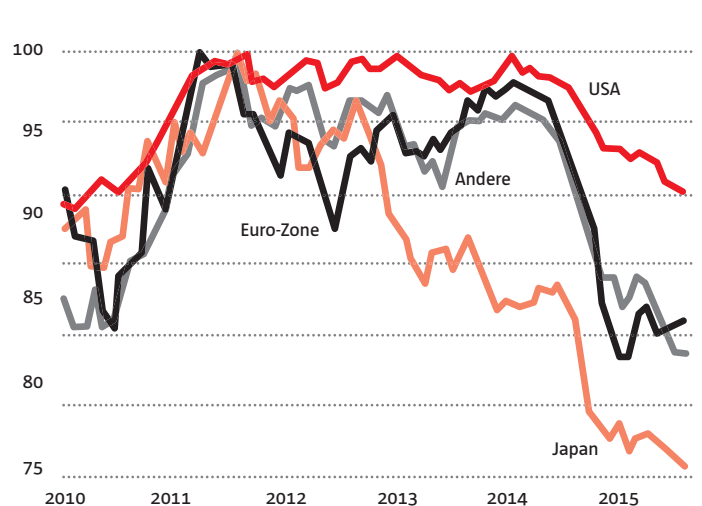


Abb. 3: Fallende Exportpreise

Exportpreise (normiert um den Höchstwert)



Joachim Bischoff ist Mitherausgeber von Sozialismus.

¹ Vgl dazu Simon J. Evenett, Was läuft falsch mit dem Welthandel? Die Exportpreise fallen schon viel länger als die Exportvolumen – doch warum?, in NZZ vom 20.1.2016

Die Entwicklung der Exportvolumina der USA, Japans, der Euro-Zone und anderer Industrieländer erreichte ihren Höchstwert im Zeitraum von Januar 2010 bis Oktober 2015. In allen Fällen ist das Handelsvolumen zunächst stetig gewachsen, gipfelte im Verlauf von 2014 und fiel danach. Die Dynamik der durchschnittlichen Exportpreise der Industrieländer seit 2010 ist noch viel dramatischer als diejenige der Volumina. Die Exportpreise der von den Industrieländern produzierten Waren haben ihren Höhepunkt schon im Jahr 2011 erreicht, also viel früher als die Exportvolumina. Ab 2014 sind die durchschnittlichen Exportpreise der Industrieländer stark gesunken (siehe Abbildung 3).

Nicht nur die Rohstoffexporteure verzeichnen sinkende Exportpreise, dasselbe gilt für viele andere Länder, die in erster Linie Industriegüter exportieren. Dieser Punkt wird oft übersehen.

Das globale Wirtschaftswachstum ist im Vergleich zum langjährigen Trend flau und fragil. Zudem ist erneut eine Spaltung zwischen den kapitalistischen Hauptländern und dem Großteil der Ökonomien an der Peripherie des Weltsystems unübersehbar. Die Wachstumsraten der Hauptländer schwächeln wegen der Rückwirkungen der Austeritätspolitik.

Die Schwellenländer und Rohstoffe exportierenden Staaten befinden sich seit Monaten im Sinkflug. Sie müssen mit tiefen Energie- und Rohstoffpreisen fertigwerden. Auslösender Faktor der Talfahrt sind die Mindereinnahmen aus dem Exportgeschäft. Das gilt vor allem für Länder wie Brasilien, Südafrika und Russland ebenso wie neuerdings für Australien, Norwegen und Kanada.

Die Reaktion: Abwertung der Währungen. Schwache Währungen intensivieren den Preiswettbewerb, allerdings befördern sie den Anstieg der Importpreise. So liegt Brasiliens Inflationsrate bei etwa 9%. Die Zuversicht der Konsumenten und Investoren ist wegen der Stagflation im Lande noch geringer als mitten in der Finanzkrise 2007/08.

Es zeichnet sich ein Trendumschwung für die Globalökonomie insgesamt ab. Die kapitalistischen Hauptländer könnten und müssten ihr Wachstumspotenzial durch eine Erneuerung und Modernisierung ihres öffentlichen Kapitalstocks stabilisieren. Auf mittlere Sicht ist eine Verminderung der sozialen Spaltung Voraussetzung dafür, dass die Binnenwirtschaften in einen tragfähigen Expansionsmodus übergehen können.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Schwellenländer für die Globalökonomie hat sich in den beiden zurückliegenden Jahrzehnten fast verdreifacht. Ihr Bruttoinlandprodukt macht heute insgesamt etwa 40% der Weltwirtschaft aus. China ist mit der stark gewachsenen Wirtschaftsleistung zu einer Lokomotive der Weltwirtschaft aufgerückt. Die jüngsten Daten der chinesischen Wirtschaft verstärken jedoch die Befürchtungen, dass die wirtschaftliche Dynamik nachlässt (Abbildungen 4 und 5).

Die offenkundigen Schwierigkeiten der Volksrepublik China, das hohe Wirtschaftswachstum von ca. 7% durchzuhalten, bewirken Probleme für ein breiteres Segment der Rohstoff liefernden Länder und führt zu Marktkontraktionen in den kapitalistischen Hauptländern.

Die Wachstumsrate in China ist mit rund 7% zwar nach wie vor hoch, aber deutlich niedriger als die durchschnittlich 10%

Abb. 4: Chinas ökonomisches Wachstum

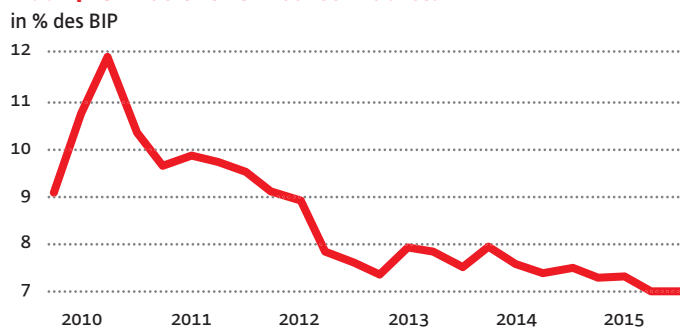
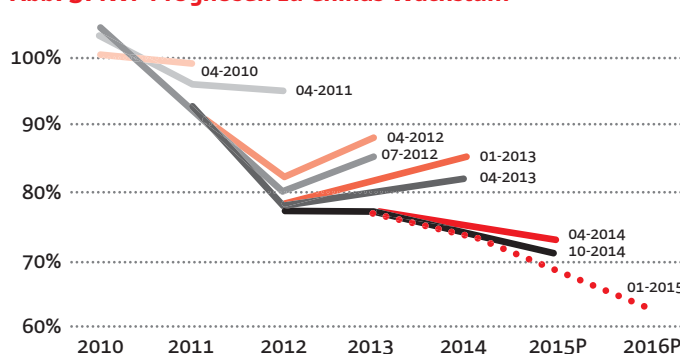


Abb. 5: IWF-Prognosen zu Chinas Wachstum



Quelle: IWF World Economic Outlook

pro Jahr der vergangenen Dekade. Eine anhaltende Abkühlung wird die Industrie unter Druck setzen. Dass die Ereignisse in China die Investoren im Rohwarenmarkt derart verunsichert haben, liegt an der Rolle Chinas als dominanter Importeur vieler Rohstoffe.

Der chinesischen Volkswirtschaft befindet sich unzweifelhaft in einem Strukturwandel. Auch wenn die offiziellen Zahlen die Realität überzeichnen mögen, sind sich die meisten Experten einig, dass China mehr als doppelt so schnell wächst wie die kapitalistischen Hauptländer. Was indessen für die USA, Deutschland oder England eine beeindruckende Wachstumsrate wäre, genügt für die Volksrepublik nicht. Dass China erheblich stärker wachsen muss, hat mit der sozioökonomischen Struktur der Bevölkerung zu tun. Beinahe alle ChinesInnen, rund 1,2 Mrd., haben zwar ein markant besseres Leben als die Eltern- und Großelterngeneration unter Mao Zedong. Doch rund 800 Mio. ChinesInnen leben weiterhin in materiell prekären Verhältnissen und drängen darauf, dass es ihnen und ihren Kindern in absehbarer Zukunft besser gehen wird. Diese Menschen wollen dauerhafte Konsumgüter, eine bessere Unterkunft und bessere Lebensverhältnisse.

Es ist daher eindeutig, dass die sozioökonomische Modernisierung Chinas weitere Reformen in Richtung auf eine sozialstaatliche Dienstleistungsgesellschaft bewältigen muss. Die chinesische Regierung rechnet ungeachtet der schwächelnden Weltkonjunktur im Jahr 2016 mit einem anhaltenden Wachstum im Handel mit anderen Ländern. Sowohl die Exporte als auch die Importe dürften »eine solide Entwicklung nehmen«, erklärte das Handelsministerium. China hat in den vergangenen Monaten Steuererleichterungen für Exporteure beschlossen,

während von der Zentralbank die heimische Währung Yuan mehrfach leicht abgewertet wurde.

Perspektive der kapitalistischen Hauptländer

Sieben Jahre sind seit der Großen Krise 2007/2008 vergangen. In den Zeiten eines ausgebildeten Wirtschafts- oder Konjunkturzyklus wäre ein zügiger Aufschwung längst in eine erneute rezessive Entwicklungsphase umgeschlagen, denn in der Regel lässt die wirtschaftliche Erholung nach so langer Zeit bereits wieder nach. Im aktuellen Fall hat sie noch gar nicht richtig eingesetzt. Nur in den USA hat sich die Konjunktur zu festigen begonnen. In Europa lässt ein Aufschwung auf sich warten, in Asien ebenso. Desgleichen in Lateinamerika, wo strukturelle Probleme die Region immer wieder einholen.

Nach der globalen Wirtschaftskrise von 2008 hat es keinen durch Investitionen getragenen Akkumulationszyklus gegeben. Aufgrund von Unsicherheit über die weitere Entwicklung halten Menschen ihre Ausgaben und Unternehmen ihre Investitionen zurück. Dies führt zur Schwächung der Wirtschaft, wodurch die Ängste bestätigt werden und noch weniger ausgegeben und investiert wird. Es gibt zwar auf der globalen Ebene noch keinen Abschwung, aber höchst disparate Entwicklungen und in der Summe eine depressive Stagnation. Obwohl die Finanzkrise von 2008 vorbei ist, sind wir immer noch in diesem Kreislauf gefangen.

Der Grund für die Schwäche der Weltwirtschaft liegt darin, dass auch sieben Jahre nach der Großen Krise die Finanzstabilität noch immer nicht gewährleistet ist. Die Kreditexpansion wird ungenügend gesteuert und die Nachfragestrukturen sind verzerrt. In vielen Ländern weist der Finanzsektor nach wie vor Schwächen auf – und in den Schwellenmärkten nehmen die Finanzrisiken zu. Weltweit besteht ein Mangel an Gesamtnachfrage, der durch wachsende Ungleichheit und die kontraproduktive Austeritätspolitik hervorgerufen wird. Diejenigen mit hohem Einkommen geben relativ zu ihrem Einkommen viel weniger aus als die Geringverdiener. Während also die Einkommen bei den oberen Schichten anwachsen, geht es mit der Nachfrage der unteren sozialen Schichten und dem öffentlichen Konsum abwärts.

All dies zusammen bedeutet, dass das weltweite Wachstum 2016 enttäuschend und ungleichmäßig ausfallen wird. Und auch die mittelfristigen Aussichten der Weltwirtschaft haben sich abgeschwächt, weil das potenzielle Wachstum durch eine geringe Produktivität, alternde Bevölkerungen und die Folgen der globalen Finanzkrise gebremst wird. Nach wie vor belasten hohe Schulden, niedrige Investitionen und schwache Banken einige der hochentwickelten Volkswirtschaften insbesondere in Europa, und viele Schwellenländer sehen sich nach dem auf die Krise folgenden Kredit- und Investitionsboom Anpassungen ausgesetzt.

Möglicherweise wird es in den nächsten Quartalen in einzelnen Staaten zu Zahlungsbilanzkrisen kommen. Als besonders gefährdet erscheinen die Türkei, Südafrika und Malaysia: die beiden Ersteren, weil sie unter einem hohen strukturellen Leistungsbilanzdefizit leiden und keine allzu üppigen Devisenreserven besitzen. Malaysia weist zwar einen Leistungsbilanz-

überschuss und (noch) respektable Devisenreserven aus, erleidet aber derzeit eine schwere politische Krise und eine heftige Kapitalflucht.

Es ist nicht auszuschließen, dass erneut die schwächsten Glieder in der globalen Finanzkette brechen. Sicher ist: Die Zeit, als es mit China nur aufwärts ging, die Rohstoffpreise stetig stiegen und Rohstoffexporteure von Brasilien bis Australien mühelos an Chinas Wachstum partizipieren konnten, ist vorbei. Und die beständigen Korrekturen der Wachstumsprognosen des IWF für China belegen, wie schwierig die Prognose der weiteren Entwicklung ist.

Vor dem Hintergrund der größeren Abwärtsrisiken auch für die Wirtschaft im Euroraum und des gesunkenen Inflationsausblicks hat die Europäische Zentralbank (EZB) eine weitere Ausweitung oder Verlängerung ihres Anleihekaufprogramms angedeutet. Bislang waren monatlich Käufe für rund 60 Mrd. Euro bis mindestens September 2016, also insgesamt ein Stimulus von mehr als 1,1 Bio. Euro, geplant. EZB-Chef Draghi räumt ein, dass die Risiken – trotz des Kreditprogramms – gestiegen seien. Es hätten sich neue Risiken von außen – etwa die Turbulenzen in China oder der Ölpreisrutsch – ergeben.

Auch der IWF hat die EZB aufgefordert, das Anleihekaufprogramm auszuweiten, falls sich die Inflation nicht schnell genug Richtung Zielwert bewege. Während der Währungsfonds zur weiter lockeren Geldpolitik drängt, kämpft die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), wie schon in der Vergangenheit, für eine gegenteilige Option. Mit niedrigen Zinsen könne die Konjunktur der Weltwirtschaft nicht gesteuert werden. Die BIZ unterstreicht die Gefahr, dass das billige Zentralbankgeld übermäßig riskante Spekulationen an den Finanzmärkten befördern und dann einem nachhaltigen Wachstum schaden könne. »Wenn Zinsen zu spät oder zu langsam angehoben werden, befeuert das womöglich einen finanziellen Aufschwung, und der spätere Abschwung kann große Schäden verursachen«, sagte der BIZ-Ökonom Claudio Borio. Es sei ganz wichtig, dass die Notenbanken sich nicht von kurzfristigen Schwankungen an den Finanzmärkten beirren ließen.

Trotz der nach der Krise erfolgenden Stimulierungen – zuerst mit Fiskalpolitik, dann mit Zinssenkungen, Nullzins, Minuszins, gigantischer Geldschöpfung und Währungsabwertung – kommt die Weltwirtschaft nicht auf Touren. China war in den Jahren 2008 bis 2013 für gut die Hälfte des globalen Wirtschaftswachstums verantwortlich. Jetzt schwächeln der Drache und die Schwellenländer, und damit steigt das Risiko einer weltweiten Konjunkturschwäche deutlich. Die Konsenserwartungen einer »Normalisierung« der Weltwirtschaft im Laufe dieses Jahres hin zu den Wachstumsraten wie vor der großen Finanzkrise werden sich erneut zerschlagen und Rezessionsrisiken weichen. Die Chancen für die Implementierung einer binnenmarktorientierten Wirtschaftspolitik sind in der Eurozone nicht genutzt worden.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

